

Gutachten ohne Wirkung

Autor(en): Christoph Heim

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2005

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/ace1f526-56a7-4cd3-92a8-16186c8104ba>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Gutachten ohne Wirkung

Sparübungen im Kulturbereich und fehlende Visionen

Christoph Heim

Basels Kulturpolitik unter Erziehungsdirektor Christoph Eymann ist eine Politik des Nein, des Sparens und der fehlenden Visionen. Die Ära Eymann, die nun ins fünfte Jahr geht, begann mit dem Nein zum Ausbau des Kunstmuseums durch die Architekten «Herzog & de Meuron». Sie setzte sich in einer Sparpolitik fort, die vor allem die grossen Subventionsnehmer in ihren Ansprüchen zurückstutzte, das Theater Basel und das «Sinfonieorchester Basel». In die Ära Eymann fallen auch zwei kulturpolitische Problemfälle mittlerer Grösse: «Kaserne», das Kulturhaus im Kleinbasel, und «Viper», das Medienkunsthospital, das man der Stadt Luzern abgekauft hatte, kamen in akute Geldnöte.

Die Kulturpolitiker zogen für die Lösung einiger Probleme Gutachter bei. Die grossen Sparscheide allerdings trafen sie ohne externe Berater: 3,5 Millionen Franken weniger für das Theater und 1,8 Millionen Franken weniger für das Orchester. Die vielen kleineren Subventionsnehmer aus dem Bereich der Kultur und die zahlreichen Museen wurden geschont. Michael Koechlin, der Leiter des Ressorts Kultur, und Christoph Eymann konnten mit diesem einseitigen Vorgehen den politischen Widerspruch in Grenzen halten. Der liberale Regierungsrat mit Sympathien bis weit ins rot-grüne Lager hinein machte das Kultursparen mehrheitsfähig.

Koechlin gab nach dem Sparbefehl für das Orchester ein Gutachten bei der «IMG Artists London» in Auftrag, einer Firma, die unter anderem auf Unternehmensberatung im Kulturbereich spezialisiert ist. Die Rettung der «Kaserne» wurde begleitet von einem Gutachten von Christoph Stratenwerth, einem Theatermann und Ausstellungsmacher, der zu den Gründern der «Kaserne» gehört. Und die «Viper» bekam von Giaco Schiesser, einem Dozenten an der Zürcher Hochschule für Künste mit Basler Wurzeln, ein paar fachmännische Ratschläge für die Zukunft. Das Gutachten aus London bestellte Koechlin mit dem Ziel, das beamtenhaft erstarrte Orchester näher an die Marktwirklichkeit heranzuführen. Das Orchester wies die Einmischung zurück. Auch die «Kaserne» ging nicht auf die Vorschläge von Stratenwerth ein. Und die «Viper» – hier sind die Diskussionen noch

im Gang – focht um das Gutachten, das eine Fusionierung der verschiedenen Medienkunstangebote der Stadt vorschlägt.

So kann man nicht sagen, dass die externen Berater grossen Einfluss auf den Gang der Dinge gehabt hätten. Sie konnten den Kulturinstitutionen deutlich machen, in welche Richtung der Kulturminister und sein Chefbeamter streben, haben aber weder Eymann noch Koechlin die politische Kärnerarbeit bei der Durchsetzung ihrer Vorstellungen abgenommen. Im Gegenteil: Die Gutachten machten die Ohnmacht der Politik gegenüber den Kulturinstitutionen, seien sie nun subventioniert oder nicht, nur noch deutlicher. Dort, wo die Kulturinstitutionen staatlich sind, also bei den Museen, sichert das Gesetz deren Fortbestand und beschränkt die Kulturpolitiker in ihrem Handlungsspielraum. Dort, wo die Kulturinstitutionen Vereinen oder anderen nichtstaatlichen Körperschaften gehören, verbietet sich eine Einflussnahme durch die Politik, da Kunst ja gerade unabhängig vom Staat sein soll. So können die Kulturpolitiker für «Kaserne», «Viper» und Orchester noch so viele Gutachten auf den Weg bringen, solange sie sich nicht strukturell neue Einflussmöglichkeiten verschaffen, sind sie machtlos.

Anstatt aber diese Probleme an der Wurzel zu packen oder sie zumindest öffentlich zu debattieren, hat Koechlin das Diskussionsforum, den so genannten «Jour fixe», den sein Vorgänger Andreas Spillmann zur regelmässigen kulturellen Auseinandersetzung mit kulturell interessierten Kreisen geschaffen hatte, einschlafen lassen. Eymann selbst liess kaum etwas zu kulturpolitischen Problemen verlauten. Unter ihm ist Kulturpolitik zu einer öffentlichkeitsscheuen Kabinetts politik geworden.

Man vermisst kulturpolitische Visionen. Der Basler Politikplan 2005–2008 zeigt bloss, dass es der Regierung um die Erhaltung des Status quo in der Kultur geht und, immerhin, dass sie den Kanton Basel-Landschaft auch bei der Finanzierung der grossen Kulturinstitute stärker einbinden will. In einer Zeit, in der nicht nur die Ausgaben des Staates für die Kultur zurückgefahren werden, sondern auch der Verteilschlüssel für diese Gelder zunehmend fraglich wird, reicht das aber nicht.

Der Löwenanteil staatlicher Kulturförderung fliesst den Museen zu, kommt der klassischen Musik zugute oder dem Theater. In Basel gibt es nach wie vor keine nennenswerte Film- oder Rockmusikförderung. Die Rettung der «Kaserne», des wichtigsten alternativen Kulturzentrums der Stadt, wurde zu einer verkrampften Überlebensübung. Mit einer Million Franken im Jahr lässt man sich das Haus gerade mal ein Prozent der gesamten Kulturausgaben kosten. Das ist zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Mit dem Spardiktat wurden die Museen nicht angetastet. So konnte das Stillschweigen der staatlichen Kulturinstitute zur Sparpolitik erkaufte und unpopuläre Entlassungen im Verwaltungsapparat vermieden werden. Zu diesem Pragmatismus passt, dass es bis heute versäumt wurde, eine Museumspolitik zu formulieren, obwohl bei diesen Instituten im Spannungsfeld zwischen Bewahren und Vermitteln, Traditionspflege und Publikumsevents, Wissenschaft und Touristik so ziemlich alle Fragen offen sind. Das Museum

der Kulturen und das Naturhistorische Museum platzen längst aus ihren Nähten. Das Kunstmuseum kann ohne grosse Ausstellungshalle sein Potenzial gar nicht ausspielen. Und ein Konzept für die künftige Zusammenarbeit und Arbeitsteilung unter den vielen Museen für bildende Kunst müsste unbedingt erarbeitet werden.

Die Sparübungen beim Orchester und Theater sind vor allem eines: ein klares Votum der Politik gegen die Spitzenkultur, das man als Förderung der kulturellen Vielfalt zu verkaufen versucht. Die Erhaltung des Status quo mit weniger Mitteln führt aber zwangsläufig, ausser man erzielt echte Rationalisierungserfolge, zu einer Provinzialisierung. Für die Ausstrahlung der Stadt ein fataler Prozess.

Nach wie vor drückt sich die Basler Kulturpolitik auch vor der Generationenfrage. Kulturförderung ist in Basel Traditionspflege und Sicherung eines Unterhaltungsangebotes für ein Publikum, das zu einem grossen Teil aus Menschen besteht, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen. So findet im Kulturbereich derselbe Transfer von den Arbeitenden zu den Pensionierten statt, der im Sozialbereich schon längst problematisch geworden ist. Nur noch akzentuierter: Das saturierte Bürgertum, das dank seiner Vermögen für seine Kulturbedürfnisse kostendeckende Preise bezahlen könnte, wird mit Millionen von Franken subventioniert. Dagegen hat die Jugendkultur weitgehend kommerziell zu funktionieren.

Kulturpolitik muss heute eindeutig mehr sein als die Erhaltung des Status quo. Sie muss klare Vorstellungen von der Rolle der Kultur in einer Stadt wie Basel entwickeln, sich der Generationenfrage stellen und die Beziehung zwischen Staat und Kultur neu denken. Und sie muss in Basel die Einbindung des Kantons Baselland ganz oben auf die politische Agenda setzen. Der Preis für eine partnerschaftliche Finanzierung der kulturellen Zentrumsleistungen wird für städtische Politiker aber sehr hoch sein: Sie werden nicht darum herum kommen, Sinn und Zweck dieser Leistungen mit den Landschaftlern auf gleicher Höhe zu diskutieren.